

So muß in den Gewerkschaften gearbeitet werden!

Freigewerkschafter gegen „Eiserne Front“

SPD-, SAP-, parteilose und kommunistische Gewerkschaftsmitglieder für den roten Kandidaten der Arbeiterklasse, Ernst Thälmann!

Am Dienstag, dem 2. 3., fand im Kreisraum Oberriedersdorf bei Ebersbach eine gemeinsame Mitgliederversammlung des Zimmermannsbundes der Zahlstelle Reuterdorf und Umgegend, der Zahlstellen der Fingergewerkschaften Ebersbach, Ober- und Niederriedersdorf und der Hochgruppe der Steiniger Ebersbach statt. Anwesend war diese Versammlung von den Vorsitzenden der oben genannten Organisationen. Als Redner war der Kollege Julius, Dresden, erschienen. Er zeigte den Anwesenden in kurzen Ausführungen den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und die Anstrengungen der Kapitalisten, aus dieser Krise herauszukommen. Dabei wurde aufgezeigt, daß die ungeheure Kriegslast gegen die Sowjetunion und die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern gegen die eigene Bourgeoisie, um den Plan der Kapitalisten, den Angriff gegen die Sowjetunion, zunächst zu machen. Der Redner ging dann eingehend auf die Notwendigkeit der Einheitsfront ein und zeigte dabei die ungeheuren Abbaumassnahmen und sowohl in der Frage des Arbeitslohnes, als auch der Unterbringungen, wodurch sich im Besonderen die Lebenslage der Bauernschaft immer mehr verschlechtert. Dabei wies er im Besonderen auf die Rolle der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie hin. Um ihr Verbrechen bei der Zustimmung zur Notverordnung und damit zum Lohn- und Unterbringungsabbau vor den Augen zu verdeutlichen, greift sie zu neuen Mordtaten. Die SPD-Führer wollen mit der Einberufung des sogenannten „Arbeitskongresses“ auf dem zu dem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ des ADGB Stellung genommen werden soll, die Arbeiterklasse erneut betrügen. So versucht man den Arbeitern glaubhaft zu machen, daß die Gewerkschaftsbürokratie in der Lage sei, ihnen Arbeit zu verschaffen. Damit soll der Weg zu neuen Lohnsenkungen auch für die Bauernschaft freigegeben werden. Weiter zeigte der Referent den Zusammenbruch des Preisensystems, insbesondere die Unterjüngung dieses Wertes durch die Gewerkschaftsbürokratie.

Der Kampf gegen den Faschismus propagieren jetzt die sozialfaschistischen Führer die „Eiserne Front“ und die Dammerschichten in den Betrieben. Der reaktionäre General Hindenburg wird der Arbeiterklasse als der Mann der Demokratie zur Reichspräsidentenwahl empfohlen. Hindenburg soll der Mann sein, der den Kampf gegen den Faschismus führt. In Wirklichkeit ist diese „Eiserne Front“ von Weis die Hindenburg die Front für das kapitalistische System, die Front für die noch schärfere Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Die zahlreich erschienenen freigewerkschaftlich organisierten Kollegen, ob parteilos, SAP, SPD oder kommunistisch, stimmten vollinhaltlich den Ausführungen des Referenten zu und gelobten, alle Kräfte anzuspannen, um durch Ausschaltung auch unter den freigewerkschaftlichen Arbeitern die rote Arbeiterfront unter Führung der KPD und der KPD herzustellen. Nicht Hindenburg, sondern Thälmann ist der Kandidat der organisierten Bauernschaft! Einmütig wurde beschlossen, einen Aufruf an die freigewerkschaftlichen Arbeiter Sachsen zu erlassen.

Gegen den Krisenkongress und Arbeitsbeschaffungsschwindel der ADGB-Bonzen

Dem Reichskomitee der KPD wird uns geschrieben: Zum 23. März hat der Bundesvorstand des ADGB einen Krisenkongress einberufen. Versammelt sollen sich dort nach dem Willen der Vorkongress-Konjunktur die Bundesdelegierten vom Frankfurter ADGB-Kongress, die Siegerwahl Beifall klatschten und ihn anstimmten: „Herr Minister, lassen Sie uns nicht im Stich!“ Derselbe ADGB-Kongress, der die Notverordnungspolitik tolerierte und die Krisenpolitik des ADGB, am personellen Körper des Kapitalismus ausdrücklich billigte, soll jetzt erneut zusammentreten, um angeblich mit dem „Arbeitsbeschaffungsplan“ und dem „Arbeitsbeschaffungsplan“ des Kapitalismus herauszukommen, um den „Kampf“ zu beginnen für die „Arbeitsbeschaffung“.

Das Reichskomitee der KPD hat zu dem Krisenkongress des ADGB Stellung genommen und legt der gesamten deutschen Arbeiterklasse:

Der Krisenkongress des ADGB, der „Arbeitsbeschaffungsplan“ und die radikalen Phrasen der ADGB-Bürokratie sind ein groß angelegtes Schwindelnummer zum erneuten Betrug der Arbeitermassen und ein Wahlmanöver des Reformismus.

Der Krisenkongress soll die oppositionelle Massenbewegung der Mitglieder der Gewerkschaften brechen und die weitere Durchführung der Unterjüngungspolitik des ADGB, gegenüber dem Volk, dem Abbau der sozialen Unterjüngung, den Massenentlassungen der Bourgeoisie ermöglichen, und weitere Schläge gegen die Arbeiter, wie Abschaffung der Arbeitslosenversicherung, Vorbereitung inflationärer Maßnahmen, weiteren Lohnabbau, Teilnahme an den freigelegten Maßnahmen des Imperialismus, gegen die Werttätigen Chinas und die Sowjetunion einleiten und werden.

Das Reichskomitee der KPD ruft die gesamte Arbeiterklasse auf, in den Betrieben, ADGB-Verbindungen und Stempelstellen Stellung zu nehmen gegen das neue Betrugsmanöver des ADGB-Führers.

Fordert sofort Einberufung von Mitgliederversammlungen in allen Betrieben und Branchen. Nicht die Siegerwahlrecht vom Frankfurter ADGB-Kongress, die kein Mandat der Mitgliedschaft haben und nicht die Interessen der Mitglieder vertreten, lassen auf dem Krisenkongress entscheiden, sondern die von der Mitgliedschaft gewählten Delegierten. Fordert Umwälzung der Delegierten zum Krisenkongress.

Wenn die Einberufung von Mitgliederversammlungen und die Wahl von Delegierten durch die Bürokratie sabotiert wird, ruft sofort die Mitglieder der Gewerkschaften zu Versammlungen ein und wählt Delegationen, die die Forderungen der Mitglieder auf dem Krisenkongress vertreten.

Arbeit und Brot, jammert! Das ist die Forderung nicht nur von Millionen seit Jahren arbeitsloser Gewerkschaftsangehörigen, sondern der gesamten Erwerbslosenarmee. Das ist die Forderung der KPD. Nicht durch Schwindelnummer, nicht durch Krieg und Inflation, wie sie durch die ADGB-Bonzen betrieben werden, kommt die Arbeiterklasse zu Arbeit und Brot, sondern nur durch täglichen Klassenkampf im Betrieb und auf der Stempelstelle für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD, mit KPD, durch den Kampf für den Sozialismus, nach dem Beispiel der Sowjetunion, wo es keine Erwerbslosigkeit gibt.

Kampf für Arbeit und Brot bedeutet vor allem: Kampf für Lohnerhöhungen in jedem Betrieb, Verhinderung der täglichen Massenentlassungen und der Betriebsstillegungen. Bedeutet Kampf für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden 45-Minuten-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Schafft in allen Gewerkschaften und Betrieben organisierte Oppositionsgruppen. Organisiert Kritik und im Bestraumbereich Oppositionskonferenzen. Entlastet eine Massenbewegung der Opposition gegen die neuen Betrugsmanöver des ADGB-Führers! Nicht auch ein in die rote Einheitsfront zum Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit. Stärkt die Betriebsgruppen und Erwerbslosengruppen der KPD. Schafft die Massenbewegung der KPD, der einzigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Klassenkonflikte werden vom Staat an die Kapitalisten und Banken gegeben. An die drei großen Banken (Deutscher, Danabank, Commerz- und Privat-Bank, deutsche Diskontobank) wurden erst in den letzten Tagen 608,8 Millionen Mark an Subventionen gegeben. In Preußen wird pro Monat für ein Schupapier 47 Mark ausgegeben, für 748 Polizeibünde werden im Jahre 1933 460.000 Mark in Preußen in den Etat eingestellt. Für die hunderten Erwerbslosen aber ist kein Geld zur Arbeitsbeschaffung vorhanden. Die Versuchspolitik und der Versuchsmist ist die Politik des ADGB — Wir werden langen: Streichung der Ausgaben für militärische Zwecke und für die Polizei, Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten, Erhebung einer Millionärsteuer. Dann würden Mittel frei für Arbeit und Brot, für die hungernden und darbenenden Erwerbslosen. Die Durchführung dieser Forderungen sind allerdings nicht möglich durch die Durchführung der Politik der Brüning-Regierung, durch neue Verdrößerung mit dem Minister Steegwald, wie das die ADGB-Bonzen tun, sondern nur durch den Klassenkampf.

Gegen den Naziterror!

Straßenbahner-Delegation im Polizeipräsidium. Dr. Pfotenhauer erklärt: Es sind nur Abwehrmaßnahmen. SPD-Arbeiter, hinein in die rote Klassenfront!

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 372)

Die SPD-Arbeiterklasse der Straßenbahner hat seit dem letzten Parteitag über das bevorstehende Auftreten der Nazis und deren Verbrechen, immer wieder die Säulen der Arbeiterfront zu befestigen. Die Kollegen nahmen deshalb am Samstag während der Frühstückspause Stellung zu den Vorkommnissen, die sich am Freitag in der inneren Stadt und vor dem Polizeipräsidium, und beschloßen, eine Delegation von drei Kollegen nach dem Polizeipräsidium zu entsenden, mit dem Auftrag, gegen die ungenügenden Maßnahmen der Polizei im Schutze der Bevölkerung gegen die Frechheiten der Nazis zu protestieren und das Verbot des Naziaufmarsches für den 8. März zu fordern.

Die Delegation, bestehend aus zwei KPD- und einem SPD-Kollegen brach sich sofort nach Feierabend nach dem Polizeipräsidium. Sie wurde, da der Polizeipräsident nicht anwesend war, von Herrn Dr. Pfotenhauer empfangen. Auf die Forderung der Delegation erklärte Herr Dr. Pfotenhauer, die Polizei sei, falls unternommen, es stünde noch gar nicht fest, ob die Nazis ins Rathaus gemault hätten, da sie ja von der Wache gefangen seien. Wir sind dagegen überzeugt, daß den Nazis die notwendige Ostentation nicht fehlt. Die Forderung, die Wache der Nazis zu verbieten, lehnte Herr Dr. Pfotenhauer ab, mit der Begründung, während der Wahlzeit müsse der Polizei das gleiche Recht zugehören. Die Methoden der Nazis, dem Flugblattverbreiten in größeren Trupps in die Häuser einzudringen, erklärte er als „Abwehrmaßnahme“, da sie in Kapazitäten der Polizei gekommen sei und Druck erzeuge.

Er fragte uns nun, ob Herr Dr. Pfotenhauer auch so bald, wenn die Arbeiterfront diese Nazimethoden zur Kenntnis bringen würde.

Das Replikat der Befragung war ja, wie wir es erwarteten

hätten, ergebnislos, so daß auch der SPD-Kollege erklären mußte, wenn die Arbeiter nicht wählen, daß nichts geschieht, dann können auch wir die Arbeiter nicht mehr zurückhalten.

SPD-Arbeiter, müßt ihr noch länger totales Zucken, wie sich die Nazis-Banden in den Arbeiterreihen breitmachen, wollt ihr euch noch weiter von dem Geschehen der SPD-Führer über Demokratie ausschließen lassen, bis auch die braunen Banden zu Boden geschlagen haben? Ist der oben geschriebene Vorgang

Frauen, heraus zum Internationalen Frauentag, heute Dienstag, den 8. März!

Gegen den imperialistischen Krieg!
Für den Schutz Sowjetchinas und der Sowjetunion!
Gegen die SS 218/219!
Für ausreichenden Mutterschutz!
Gegen Hunger und Not!
Für Arbeit, Freiheit und Brot!

Für den roten Kandidaten Thälmann!

nicht die deutliche Erklärung dafür, daß ihr euch nach der Wahl Hindenburgs weiterhin alle Frechheiten der Nazis gefallen lassen sollt?

Euer Kandidat ist nicht Hindenburg, der Ehrenvorsitzende des Stahlwerks, euer Kandidat ist Ernst Thälmann, der Arbeiter. Reicht euch ein in die rote Einheitsfront, die allein den weitaus größten Kampf gegen den Faschismus führt. Werdet nicht aus Treue zu den Führern eurer Partei zu Vertretern an der Arbeiterklasse. Kämpft mit uns gegen Hunger und Not, für Arbeit, Freiheit und Brot!

Klasse gegen Klasse!

Kriegslieferungen aus ganz Deutschland

Das Waggeburg wird berichtet, daß bei der Firma Schäfer & Wittenberg seit kurzer Zeit eine verstärkte Produktion von Turbinen eingeleitet hat. Im Eisenhüttenwerk in Thale werden Turbinen hergestellt. In der Waggeburger Scharnhorstfabrik erfolgt die Montage der Turbinen für die Abteilungen, in denen Material für Sprengstoff hergestellt wird. Im Salzhüttenwerk wird mit größter Eile für die Kriegproduktion wichtige Soda gewonnen. Die Salze, welche bis jetzt überflüssig waren, sind nun notwendig.

Die sozialdemokratische Fernburger „Volkswacht“ spricht sich gegen die Kriegproduktion von einem „Hoffnungs- und neuen Arbeitsmöglichkeit für die Arbeiter“. Ein neuer Beweis dafür, wie die SPD den imperialistischen Massenmord begrüßt und mit durchzuführen hilft.

Bei der Firma Boisk in Stuttgart sind aus Japan Bestellungen eingelaufen, die in spätestens 14 Tagen erledigt sein müssen. Ueber die Firma Miles & Co., Hamburg, gehen die Bestellungen nach dem Bestimmungsort Tokio ab.

28-cm-Krupp-Geschütze für Japan

Wie unser Bruderorgan, das Ruchroth, berichtet, wurde am vergangenen Donnerstag auf dem Bahnhof Neu-Nord ein 28-Zentimeter-Geschütz verladen. Der Wagon trägt als Bestimmungsort die Aufschrift „Kiel“. Die Tatsache, daß schon seit einigen Wochen eine japanische Militärkommission bei Krupp den Bau von Geschützen beaufsichtigt, gibt Veranlassung, festzustellen, daß auch diese Geschützlieferung an die japanischen Imperialisten abgeht.

Allen. Der Betrieb Sachleben ist durch seine kriegswirtschaftliche Produktion in die Gruppe der Kriegsmaterial-Produzenten eingereiht. In dem Betrieb ist eine Verluststrommel aufgestellt, in der Verluste mit Geld vorgenommen werden. Nach dem Dafürhalten der Arbeiter handelt es sich um ein Produkt, das für den imperialistischen Imperialismus bestimmt ist.

Allen. Im Betrieb Küppersbusch, Gellentich, werden schon längere Zeit Schützenabwerfer zum Ausschalen von Schützenabwerfern sowie Feldgeschütze gefertigt. Bisher gingen diese Schützen hauptsächlich nach Indien. Nun ist ein großer Auftrag für Schützen im Betrieb eingegangen.

Allen. In der vergangenen Woche war der japanische Vertreter bei Krupp und beauftragte die Federwerkstatt. Er ließ sich nachfragen, wie die Geschützlieferung verwendet werden. Krupp hat

in Hagen eine Anzahl kleiner Querschnitte aufgestellt, die zur Herstellung von Geschützliefnern verwendet werden sollen.

Wie lange wollen die Arbeiter in den Betrieben und im Transportgewerbe noch dulden, daß die deutschen Kapitalisten gemaltene Profitte durch die Abschichtung des chinesischen Volkes seitens der japanischen Räuber und Mörder einheimeln? Verhindert die Kriegproduktion und die Transporte über den Hamburger Hafen! Kämpft für eure eigenen Forderungen! Streift, und ihr verhindert dabei gleichzeitig den imperialistischen Massenmord. Ihr verteidigt damit die Sowjetunion vor dem unmittelbaren militärischen Angriff des raubgierigen Weltimperialismus!

Trotz abgelehnter Teilstillegung

Dauernde Entlassungen bei Hartwig & Vogel

In der letzten Betriebsversammlung der Hartwig & Vogel-AG verurteilte der Betriebsratsvorsitzende Kunze großartig: „Entlassungen werden keine mehr vorgenommen“, während bereits am nächsten Tage wieder Entlassungen erfolgten, ohne daß der Betriebsrat etwas dagegen unternommen hätte.

Auf Grund dieses Verhaltens der Betriebsräte — welche nur die Interessen der Firma, oder nicht der Belegschaft vertreten — ging die Firma noch weiter und beantragte Stilllegung des Betriebes auf einige Zeit, was aber vom Gewerbeamt abgelehnt wurde.

Niemand soll nun aber glauben, daß keine Entlassungen mehr stattfinden. Jeden Tag werden einige Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Allen Weistern, Beamten und Angestellten hat man bereits vorjorglich gelündigt. Die Firma weiß, daß sie auf diesem Wege ebenfalls zu ihrem Ziele kommt, da ja all diese Maßnahmen der Firma reiblos vom reformistischen Betriebsrat unterstützt und mit ihm durchgeführt werden.

Viele Kolleginnen und Kollegen im Betriebe glauben, daß es bei den Entlassungen nicht mit dabei sind und noch auf lange Zeit im Betrieb bleiben.

Wir als KPD sagen, daß dies nicht der Fall ist, sondern die Firma wird mit der Beendigung der Produktion rücksichtslos

hundert Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße werfen. Kollegen und Kolleginnen! Folgt daher dem Rufe der KPD, mit ihr gemeinsam zu kämpfen. Nur durch den gemeinsamen Kampf werden wir die Entlassungen verhindern. Erteilt den Kunze und Konjunktur die richtige Antwort, indem ihr eintrachtet in die KPD, der einzigen gewerkschaftlichen Kampforganisation in Deutschland. Gebt am 13. März eure Stimme dem Kandidaten der Armen, Ernst Thälmann!

JEDER GROSCHEN
stärkt die Kampfkraft
der roten Einheitsfront
JEDER BETRIEB
sammelt für
den Kampffonds der KPD